

TOBIAS BRAUN

Die politischen Dimensionen des Public Interest Design

Zwischen Politik und
dem Politischen

Demokratie heißt, sich in die eigenen
Angelegenheiten einzumischen.
[Max Frisch]

Die politischen Dimensionen des Public Interest Design: Zwischen Politik und dem Politischen

Absicht dieses Versuchs ist die Klärung der politischen Dimensionen des *Public Interest Design*. Hierfür gilt, das Verhältnis des Public Interest Design zur politischen Theorie und Praxis zu bestimmen und dem Spiel ihrer *Kon-, Dis- und Resonanz*, ihren Übereinstimmungen, ihren Widersprüchen und dem Oszillieren ihrer Bezüge nachzugehen.¹ Auch wenn dem Public Interest Design offenkundig ein politischer Status zukommt, bleibt dessen Stellung, Anlage und Qualität in Hinsicht einer politischen Dimension uneindeutig und einer Klarstellung würdig: So kann die politische Intention eines Public Interest Design ebenso aus *inneren* wie *äußeren* Quellen stammen, aus einem *immanenten* Potential wie aus einem *externen* Kontext. Kurz gefasst kann die eigentliche Absicht eines Public Interest Design politisch sein im Sinne eines ambitionierten Versuchs politischer Gestaltung und der Umsetzung demokratischer Normen und Prinzipien.² Ebenso kann sich ein Public Interest Design aber auch als ein Modus politischer Steuerung und ein Mittel der Regierung ausnehmen.³ Ist einmal der politische Status im Public Interest Design selbst angelegt, so trägt Public Interest Design das andere Mal zur Umsetzung eines ihm äußeren Zwecks bei. Diese unterschiedlichen Formate des Public Interest Design haben relevante Auswirkungen auf ihr Verhältnis zur politischen Theorie und Praxis. Uns soll es im Folgenden darum gehen, die Distanz und Nähe des Public Interest Design in Hinsicht des politischen und des sozialen Raums zu erhellen, im Spannungsfeld von Konsens und Konflikt zu verorten und die spezifischen Potentiale einer Teilhabe und -nahme offenzulegen. Zuletzt gilt es, sich in einem politischen Kontext noch der grundsätzlichen Frage anzunehmen, auf *welche* und auf *wessen* Mitwirkung Public Interest Design abstellt: Geht es um die kooperative Bestimmung des Designs selbst, um die Beteiligung am zivilen oder öffentlichen Leben oder doch um die Bereitstellung eines Instrumentariums politischer Partizipation?

1 Wir sprechen von Spiel, weil die Bezüge schwanken, in komplexen Ordnungen stehen und sich in einem beständigen Prozess der Ausbalancierung befinden.

2 Nadia M. Anderons wird mit ihrem Konzept des Public Interest Design als *Praxis* einen solchen Versuch unternehmen, wie wir weiter unten sehen werden.

3 Als ein genuines Modell der Steuerung politischer, administrativer

und sozialer Beziehungen und Prozesse zeigt sich ein Public Interest Design um eine gelingende Umsetzung ihm äußerer Konzepte bemüht und richtet sich zugleich nach pragmatischen Maßstäben von Effektivität und Effizienz hin aus. Zur Klärung: Zwischen beiden Modellen soll hier und im Weiteren keine Über- und Unterordnung behauptet werden.

Unser Angebot einer Klärung orientiert sich anhand der *politischen Differenz*⁴, mithin der Unterscheidung von *Politik* und dem *Politischen*: Geht es der Politik um konventionelle Prozesse politischer Steuerung, Willensbildung und Organisation, so verweist das Politische nach Oliver Marchart auf eine *ontologische Dimension* der Gesellschaft, mithin ihre *Gründung* und Einsetzung. Im Unterschied zu den konkreten Zusammenhängen der Politik geht das Politische von dem *Fehlen*⁵ und der Uneinholbarkeit der Identität, der Integrität und der Authentizität des Sozialen aus und versucht, die Gesten, Figuren und Bewegungen gesellschaftlicher Selbstbestimmung⁶ nachzuvollziehen.⁷ Wenn es der Politik um die Institutionen konkreter Politik bestellt ist, widmet sich das Politische der *Instituierung*⁸, also der Einrichtung der gesellschaftlichen Ordnung, ihres Zusammenhangs und Selbstbilds. Mit Pierre Rosanvallon ließe sich das Politische auch als eine Dimension der *kollektiven Koexistenz* fassen, die sich *implizit* von der konkreten Politik absetzt.⁹ Diese Unterscheidung bildet innerhalb der politischen Theorie eine eben-

4 Vgl. Marchart, Oliver: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin 2010.

5 Dies *Fehlen* ist transitiv zu lesen und verweist als genuine methodische Figur sozialphänomenologischer Theorie auf die komplexe Anlage der gesellschaftlichen *Informsetzung* (*Instituierung*) und auf das Spiel des An- und Abwesens des *Einen*.

6 Die Selbstbestimmung hat hier zwei unterschiedliche Bedeutungen: Einerseits die Bestimmung der gesellschaftlichen Identität, andererseits die Gestaltung der kollektiven Ordnung. Gerade weil diese Bestimmung einerseits ebenso komplex wie diffizil ist und ihr andererseits eine feste Ordnung fehlt, lässt sie sich eher über Versuche, Verweise und Anzeichen beschreiben, die selbst unabgeschlossen bleiben.

7 Um es an einem Beispiel zu erhellen: Wenn die Politik Macht als Kompetenz der Entscheidung fasst und bestimmten Positionen oder Funktionen innerhalb der politischen Ordnung zuschreibt, so versteht das Politische die Macht als ein gesellschaftliches Selbstverhältnis, in dem sich ihr Ganzes präsentiert und das sich zugleich über der Gesellschaft positioniert. Diese Bestimmung der Macht ist wiederum nur eine unter vielen.

8 Eine Problematik des Zugangs besteht wohl in der Umstellung der Wortwahl:

Gerade weil es sozialontologischen Perspektiven wie dem Postfundamentalismus um die Fixierungsbewegungen gesellschaftlicher Einheit und Einigkeit geht, muss sich das verwendete Vokabular selbst Festschreibungen enthalten und die Transition, das Transitive, akzentuieren. Im Gegensatz zu den Institutionen ist die *Instituierung* nicht fest, nicht vollständig und nicht vollendet. Auch wenn die Diktion das Verständnis noch erschwert, entspricht es dem zu erhellenden Phänomen.

9 »Mit dem Gebrauch des Substantivs das >Politische< charakterisiere ich sowohl eine Existenzweise des gemeinsamen Lebens als auch eine Form kollektiver Handlung, die sich implizit von der Ausübung der Politik unterscheidet. Sich auf das Politische anstatt auf die Politik zu beziehen bedeutet, von der Macht und vom Gesetz zu sprechen, vom Staat und der Nation, von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Identität und Differenz, von der Staatsbürgerschaft und der Höflichkeit, kurz gesagt: von all dem, was eine Polis (cité) jenseits des unmittelbaren Feldes parteilichen Wettbewerbs um die Machtausübung, des alltäglichen Regierungshandelns und des gewohnten Lebens der Institutionen stiftet.« (Rosanvallon Pierre: *Pour une histoire conceptuelle du politique. Leçon inaugurale au Collège de*

so anerkannte wie kontroverse Konzeptionalisierung.¹⁰ Die Trennung in eine konkrete politische Ordnung, Praxen und Strukturen und eine Dimension der gesellschaftlichen *Informsetzung* scheint für die Klärung des politischen Horizonts des Public Interest Design instruktiv.¹¹ Als Aspekt der *Institutionen* markiert PID ein Mittel der Regierung, der politischen Verfahren und Koordination des *governance*¹². Verstanden als *Instituierung* meint sie einen Ausdruck der *Bildung* politischen Zusammenhangs, kollektiver Ordnung und Räume.

Die Komplikationen des Austauschs zwischen politischer Theorie und der Politikwissenschaft müssen hier nicht ausgebreitet werden. Relevant ist indes, dass die Anknüpfungspunkte zwischen einem dezidiert politikwissenschaftlichen Zugang und dem Public Interest Design allenfalls latent vorhanden scheinen, was sich aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Position und Disposition erklären lässt. Die Schwelle der Konvergenz beider Zugänge besteht zunächst in der Differenz ihres disziplinären Zuschnitts: Die Unterschiede ihres Selbstverständnisses erschweren demnach ihre gegenseitige An- und Verknüpfung. Im Fokus der Politikwissenschaft steht das institutionalisierte Arrangement politischer Strukturen, Prozesse und Akteure. Ihr Vorgehen orientiert sich an Kriterien der Objektivität, Kausalität und Signifikanz. Dem politikwissenschaftlichen

France faite le jeudi 28 mars 2002, Paris 2003. Zitiert nach: Marchart, Oliver: Politische Theorie als Erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt. In: Bedorf, Thomas/ Röttgers, Kurt (Hg.): Das Politische und die Politik, Berlin 2010, S. 143-158, hier: S. 143).

- 10 Nach Ulrich Bröckling und Robert Feustel kommt dieser Unterscheidung die Bedeutung einer *Leitdifferenz zeitgenössischer Sozialphilosophie* zu. (Vgl. Bröckling, Ulrich/Feustel Robert (Hg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*, Bielefeld 2012)
- 11 Claude Lefort fasst unter dem *Politischen* jene Prinzipien, die die *Informsetzung, Insinnsetzung und Inszenesetzung* der Gesellschaft begleiten.
- 12 Das Konzept der *governance* birgt durchaus Potentiale für eine Anknüpfung des Public Interest Design. Pinl verweist im Kontext der Engagement-Debatte auf die Umstellung hin zu einem Postulat der *Bürger-schaftsgesellschaft*, in der eine Bürgerschaft freiwillig Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernimmt: »Das entspricht einem Staats- und Verwaltungsverständnis, das unter

dem Begriff governance bekannt ist, wonach regulierende und lenkende Funktionen des Staates zurückgenommen werden zugunsten einer größeren Aktionsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern und von gesellschaftlichen Gruppen. Staat oder Kommunen sind nach Governance-Vorstellungen nur noch gleichberechtigte Akteure neben anderen: Familie, Nachbarschaft, Organisationen, Unternehmen.« (Vgl. Pinl, Claudia: Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik. In: *ApuZ* 14-15 (2015), S. 49-54, hier: S. 51). Gerade weil die Steuerung politischer und sozialer Aufgaben dem Engagement der Bürger überantwortet wird, bedarf es entsprechender Formate, Strukturen und Verfahren, an dessen Bestimmung und Gestaltung sich ein Public Interest Design beteiligen könnte. Wenn der *governance*-Ansatz aber anstatt einer pluralen, partizipatorischen Steuerung einen Rückzug des Staates im Sinne einer reinen Privatisierung der Daseinsfürsorge postuliert, verabschiedet sich dieses von einer Vermittlung politischer und sozialer Zusammenhänge, im Zuge dessen auch die Koordination des Public Interest Design an Relevanz verliert.

Bemühen um Eindeutigkeit steht auf Seiten des Public Interest Design eine Offenheit gegenüber, die es aber, so unser Plädoyer, als ebenso relevant wie konstitutiv zu begreifen gilt: Gerade weil Public Interest Design in unserem Verständnis zwischen verschiedenen Ebenen, Objekten und Verfahrensweisen steht, muss es eine strategische Ambiguität seiner Ausrichtung und die Gleichrangigkeit seiner Kontexte nicht nur aushalten, sondern als Gewinn und Chance betrachten. Nur wenn Public Interest Design selbst als Zugang offen und flexibel bleibt, kann es mit der Heterogenität und Ambivalenz seiner Gegenstände umgehen und diese gleichsam vermitteln. Zugleich erschwert sich im selben Zug aber der Kontakt, die Kommunikation und die Koordination mit anderen Bereichen, wie der Politikwissenschaft.

Um die politische Dimension des Public Interest Design klären zu können, müssen zunächst die politischen Implikationen der Öffentlichkeit, der Interessen und des Designs [1] angedeutet werden. Im Anschluss können dann die beiden Varianten der Verknüpfung, der Politik [2] und des Politischen [3], vorgestellt werden.

[1] Public/k – Interesse/n – Design/ation

Den Komponenten des Public Interest Design eignen jeweils eigene politische Anlagen und Bezüge. Wir können uns im Folgenden nur um eine Andeutung der Ambivalenzen ihrer politischen Ambitionen und Implikationen bemühen. Weil es uns hier um eine erste Orientierung geht, kann diese Klärung kursorisch und im Vagen bleiben.

Das Publike bezeichnet lexikalisch ebenso das Gemeine (im Sinne des Kommunen¹³) wie das Öffentliche (im Sinne des Bekannten): Auch wenn beide Bezüge durchaus verknüpft sind, bleiben sie doch divergent. Wir werden im Folgenden die *kommunale* Dimension durch die Schreibweise mit ›c‹ markieren, hingegen die Dimension des Öffentlichen mit dem üblichen ›k‹ anzeigen.

Das *publicum* fällt mit dem Staat und dem Gemeinwesen zusammen: Das *Publice* meint somit etwas dem *Volke*, dem *Staate Gehöriges*. Zugleich bezeichnet das *publicum* einen *öffentlichen Platz* und die *Öffentlichkeit*¹⁴, die materiellen Güter der Gemeinschaft, das *Staatseigentum*, das *Gemeindeland* und die *Steuern*. Im *publicum* bezeugt sich demnach ein genuiner Bezug auf die kommunale Totalität und Identität und die Bildung eines kollektiven Raums. Diese Referenz klingt noch in der Republik (*res publica*) an, wobei das übliche Verständnis als *öffentliche Angelegenheiten* noch den Horizont des *Anwesens*¹⁵ des Kommunen, seiner *Wirklichkeit* [*res*], in sich trägt. Der Dimension politi-

13 Also ebenso die Gemeinschaft wie das Gemeinsame und das Geteilte.

14 Zu klären ist, ob der Platz *gemein* ist oder ob er ein Raum öffentlicher Kommunikation (im Sinne eines Forums) bezeichnet, oder beides.

15 Das Anwesen ist hier im Sinne Heideggers als ein Zur-Präsenz-Kommen, als ein Vorgang der Verwirklichung

und Vergegenwärtigung zu verstehen. Mit Figal kann der resultative Status der Anwesenheit von der verbal-transitiven Lesart des Anwesens im Sinne des Werdens, Geschehens und Ereignens abgehoben werden. Kurzum geht es hier eher um ein Potential als um einen Zustand.

scher Aneignung des *Publicen* steht das Verständnis als *öffentlicher* Raum gegenüber, der ebenso eine extensive [allgemeine] und eine intensive [offene] Verbreitung und Zugänglichkeit von Informationen und ihrem Austausch behauptet. Das Publike in diesem Sinne steht zwar auch in einem [eingeschränkten] politischen Kontext, es führt eine Trennung zwischen dem Raum der Öffentlichkeit und der Politik ein, die im *publicum* noch zusammenfallen.

Das *publicum* und das *Publikum* unterscheiden sich in ihrem Angebot politischen Potentials und ihrer Zuweisung politischer Kompetenz: Einer partizipativen Aneignung steht eine passive Zurückhaltung in Form der Rezeption und Perzeption gegenüber. Diese Unterscheidung betrifft nicht nur verschiedene Grade der Aktivität, sondern auch ihren genuinen politischen Status. So bleibt das angelegte Potential partizipativer Aneignung im *Publikum* verschüttet: Die passive, konsumierende Haltung von Zuhörern und Zuschauern hebt sich von den Akteuren des *publicums* ab, die die öffentlichen Angelegenheiten, die politischen Dinge der Gemeinschaft, als *ihre* verstehen. Das *publicum* verweigert sich neben der Distinktion von Akteuren und Rezipienten auch der Trennung Repräsentanten und Repräsentierten. Im deliberativen Modell der Öffentlichkeit scheinen wiederum beide Momente des *Public/ken* zu verschmelzen. Der freie Diskursraum der Öffentlichkeit setzt sich simultan von der Politik ab und ist selbst genuin politisch.¹⁶ Die Öffentlichkeit beschreibt so einen Gegenpol zur Hermetik und Exklusivität institutionalisierter Politik und deren Vereinnahmung durch Akteure, Institutionen und Prozedere. Neben der emanzipativen Aneignung wird aber zugleich die Distinktion von der *eigentlichen* Politik, den administrativen Routinen und den konkreten Entscheidungen bestätigt und das *publicum* in eine Distanz zu den *öffentlichen Angelegenheiten* gesetzt.¹⁷ Der partizipativen Aneignung steht das Arrangement eines offenen Kommunikationsraums gegenüber, der ausgreifenden Politisierung und die Unterscheidung politischer und sozialer Räume.

Der politische Horizont der Interessen ist ebenso intuitiv einsichtig wie komplex. Einerseits bezeichnen Interessen Ambitionen, Motive und Wünsche. Sie verweisen ebenso auf einen Nutzen, einen Vorteil wie auf einen Schaden wie letztlich auf einen Zusammenhang von Vor- und Nachteilen. Dabei können Interessen sowohl in individuellem wie in kollektivem Bezug stehen, also ebenso *private* wie *öffentliche/gemeine* Ambitionen kennzeichnen. Zwischen beide Kontexte der Interessen tritt die politische Vermittlung: In welchem Konnex die partikularen Interessen des Einzelnen und das kollektive Interesse des Gemeinwohls stehen, bedarf eines konzeptionellen Auswei-

16 Zugleich fallen in diesem Modell der Öffentlichkeit die Momente der Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit und der politischen Selbstbestimmung zusammen.

17 Nicht nur steht dem freien Austausch der Meinungen in der pluralen Öffentlichkeit der monolithische Block

politischer Ordnung, Bestimmung und Geltung gegenüber, zugleich spaltet sich auch die Öffentlichkeit in eine kreative und eine rezeptive Gruppe.

ses.¹⁸ Auffällig ist indes die unterschiedliche Anlage der beiden Zusammenhänge, die sich als Akzentuierung der Individualität und Partikularität und als Auszeichnung einer übergeordneten Instanz, in der die Differenz aufgehoben und die Differenzen ausgeglichen werden, ausnehmen. In anderen Worten steht die Logik der Konkurrenz und des Konflikts einer des Ausgleichs und des Konsenses gegenüber.¹⁹

Zugleich sind Interessen nicht *sui generis* politisch, können es aber durchaus sein. Einerseits kommt Interessen eine politische Qualität zu, wenn sie selbst politische Ansprüche erheben oder in einem politischen Zusammenhang artikuliert werden, wenn sie also eine im- oder explizite politische Intention aufweisen. Interessen, die sich auf Fragen des Miteinanders von Gesetzen und Regelungen beziehen, wohnt dieses politische Potential inne. Andererseits können Interessen, auch wenn sie unpolitisch sind, als Input, Impakt und Impuls in den politischen Prozess gelangen. Im Denken des Pluralismus²⁰ wiederum stehen Interessen losgelöst von dieser Ausrichtung in einem politischen Kontext: Der Wettstreit individueller oder kollektiver Akteure wird als Grund (Motiv, Initial und Fundament) des politischen Prozesses verstanden, dem einzig ein regelgeleitetes Arrangement beigeordnet werden muss. Die Interessen werden nicht (politisch) aufgehoben, sondern *erhalten* just in ihrem egoistischen und partikularen Bezug die Dynamik und das Potential des politischen Prozesses. Andere Ansätze, wie sie zum Beispiel Jürgen Habermas und John Rawls vorschlugen, stellen spezifische Konditionen auf, denen eine öffentliche, also politische, Artikulation und Vertretung von Interessen zu genügen habe. Wenn es nach Ernst Fraenkel für den politischen Prozess essentiell ist, keinem Interesse den Zugang zu verwehren, stellt Rawls ein klares Ausschlusskriterium bereit, mit Hilfe dessen sich ein *privates* von *öffentlichem* Interesse unterscheiden lässt.²¹ Kurzum, ist es offen, welche spezifische Position und Funktion den Interessen im politischen Komplex zukommt. Ob die Vielfalt, Heterogenität und Singularität der Interessen im politischen Raum aufgehoben oder potenziert, organisiert, transformiert oder nivelliert werden, unterliegt dem jeweiligen konzeptionellen Verständnis. Zu vermerken ist die Reibung zwischen der Individualität der Interessen und der Kollektivität des *publicums*. Zugleich bildet das Gemeinwesen und dessen politische Bestimmung

18 Schon die Bestimmung des Gemeinwohls lässt viele Varianten zu: Das öffentliche Interesse kann ebenso als autonome Größe partikularen oder kollektiven Ursprungs betrachtet werden wie als immanentes oder emergentes Resultat eines Prozesses verstanden werden.

19 Ohne dem allzu viel Gewicht beizumessen, ist auch auffällig, dass sich das relative Verhältnis der beiden Kontexte unterscheidet. Die Relation des individuellen Interesses setzt sich in Bezug zu einem Kontrahenten und in den Dualismus von Vor- und Nachteilen. Die Relation des

öffentlichen Interesses kennt weder ein *Außen* noch einen *Anderen* und verortet die Differenz stattdessen in sich und versteht sich zugleich als dessen Aufhebung.

20 Wie es zum Beispiel in dem Konzept des Neopluralismus Ernst Fraenkels ersichtlich ist.

21 Im Konzept des *öffentlichen Vernunftgebrauchs*, das Rawls im *Politischen Liberalismus* entwickelt, stellt er spezifische Bedingungen öffentlicher Auseinandersetzung vor. Der Zugang zum öffentlichen Raum wird dabei der Neutralität, Reziprozität und Vernünftigkeit unterstellt: Nur

die Folie und den Kontext, in deren Bezug Interessen artikuliert werden und die Öffentlichkeit einen möglichen Modus und Raum erhält, in dem sie auftreten.

Das Design meint ebenso eine Formation wie eine Bezeichnung, also das *Ins-Werk-Setzen* im Sinne einer Gestalt/ung wie die Anzeige einer Bestimmung. Sowohl im Aspekt der Produktion [Kreation] als auch in der Auszeichnung [Entwurf] zeigen sich die Momente der Ein- und Ausrichtung: Die Hin- und Anordnung des Designierten dient einem *äußeren* Zweck, den es auszudrücken, aufzuheben und zu bezeugen beabsichtigt. Inwieweit sich innere und äußere Impeti, Impulse und Implikationen vermischen, ob die *Funktion* im Produkt, seinem Konzept oder seiner Verwendung gründet, kann hier offenbleiben. Das Design schwankt zwischen verschiedenen Status, die sich jedoch verbinden: Es bezeichnet ein vorlaufendes konzeptionelles Modell, eine sich daran ausrichtende Gestaltung und zuletzt ein *Werk*, das in einem spezifischen Bezug auf seinen konzeptionellen Sinn zurückverweist.²² Im Design zeigt sich just in der Bindung an die Verwendung das ältere Verständnis der Bezeichnung an: Die Erklärung tritt über die Faktizität des Bezeichneten und setzt es in einen bestimmten Kontext. Die Praxis des Designs, ihre Werke und ihr Werken, tragen mithin irreduzibel die Signatur ihrer *Designation*.²³

In welchen Ursprung, in welchen Sinn und Kontext stellt sich also das *Public Interest Design*? Die Ambiguität und Ambivalenz *des/r public/ken Interesses/n* vor Augen, scheint eine Festschreibung zumindest heikel. So stellt sich die Frage, ob es um öffentliche Interessen, die Interessen der Öffentlichkeit oder Interessen in der Öffentlichkeit geht. Um die Komplexität noch etwas zu erhöhen, sind selbst noch Mischformen möglich: Eine grundlegende Ausrichtung im Kommunen kann mit einer Konzeptionalisierung partikularen Interessenwettbewerbs und einem genuinen Arrangement der repräsentativen Inszenierung (i.S. des Publikums) verbunden werden. Bevor wir im Weiteren zwei Zugänge darstellen werden, in denen ein Public Interest Design politische Prozesse be-

wenn Argumente unbedingt von anderen geteilt werden können, dürfen sie im öffentlichen Raum Eingang finden. »Unsere Ausübung politischer Macht ist nur dann angemessen, wenn wir ernsthaft davon überzeugt sind, daß die Gründe, die wir für unsere politischen Handlungen anführen, von anderen vernünftigerweise als Begründungen für diese Handlungen anerkannt werden können.« (Rawls, John: *Politischer Liberalismus*, Frankfurt am Main 2003, S. 43) Die Grenzen der Reziprozität, die Bestimmung der *umfassenden Lehren* und einen Abgleich mit dem Konzept Habermas' können wir hier nicht entwickeln.

22 Laut Christian Schmid spielt auch Lefèbvre mit der begrifflichen Ambiguität des *dessins* zwischen konzeptioneller Abstraktion und konkreter Anwendung/Umsetzung. (Vgl. Schmid, Christian: *Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefèbvre und die Theorie der Produktion des sozialen Raums*, Stuttgart 2010, S. 218 f.)

23 Auch die Konnotation des Oberflächlichen verbinden die etymologische und die alltägliche Verwendungsweise des Design-Begriffs: Dem Umriss wie dem Erscheinungsbild eignet eine Ausrichtung am Äußeren. Gleichwohl scheint das Schweigen gegenüber der Materialität der Objekte zumindest eine *sinnliche* Qualität zu vernachlässigen.

gleiten kann, müssen wir zunächst kurz auf die Unterscheidung sozialer und politischer Räume eingehen, die schon hier und da Erwähnung fand.

Um die Differenz beider Räume zu verdeutlichen, lohnt sich ein Rückgriff auf eine Eingabe Claude Leforts: Ohne jede Ambition, dessen Denken hier *erklären* zu wollen, bietet seine Trennung verschiedener Bewegungen der gesellschaftlichen Informsetzung eine gewinnbringende Übersicht.²⁴ Im komplexen Spiel der Momente von *Instituierung* und *Deinstitutionierung* formieren sich Gesellschaften, wobei eine Dimension des *Einen*, der Konzentration und Integration einer Dimension des *Vielen*, der Pluralität und Dispersion, gegenübersteht.²⁵ Lefort übersetzt diese Momente in gesellschaftliche Dynamiken, Logiken und Räume, die in Verhältnissen positiver und negativer, manifester und latenter Korrelation stehen. Ohne die Verweisungszusammenhänge auszubreiten, ist von Relevanz, dass einer Bewegung der Einheitsstiftung, der Garantie gesellschaftlicher Identität, Integrität und Authentizität, eine emanzipative Bewegung gegenübersteht, in der die Autonomie, -logie und -matie der (pluralen) Differenz und der Differenzen affirmiert werden. Der Designation der Macht steht die Resignation²⁶ der Zivilgesellschaft gegenüber, der Ordnung und Definition (im Sinne der Begrenzung und Bestimmung) die emanzipative *Entsetzung*, Entbindung und Befreiung. Die Unterscheidung eines Raums der Schließung und eines der Eröffnung, lässt sich in die Trennung des politischen und sozialen Raums übertragen und macht zugleich die diffizile Verortung der Öffentlichkeit deutlich. Diese meint einmal ein *Medium* (ein Instrument und eine Funktion) zwischen den Räumen, und andererseits einen quasi-politischen Modus sozialer Kommunikation.

Ohne hier den Nachweis führen zu können, finden sich beide Formate der Öffentlichkeit im *deliberalen Modell*, wie es von Habermas nebst anderen entwickelt wurde: Einerseits dient die Öffentlichkeit als Ort politischen Diskurses und der Willensbildung, in dem nach einem bestimmten Arrangement und Reglement verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Andererseits meint die Öffentlichkeit einen ordnungs- und damit hierarchie-, hegemonie- und heteronomielosen Raum zwangsfreien Austauschs, in dem Bestimmungen und Festlegungen, seien es nicht-universelle Regeln, Normen oder Entscheidungen, keinen Halt finden. Einerseits dient die Öffentlichkeit also als Medium politischer Selbstbestimmung, andererseits meint die Öffentlichkeit, um es mit Habermas selbst zu sagen, einen *Resonanzboden*, der die Impulse und Initiativen der vielen

24 Einführend in das Denken Leforts bieten sich die Sammelbände Martin Plots und Andreas Wagners an. (Vgl. Plot, Martin (Hg.): Claude Lefort. Thinker of the Political, New York 2013; Wagner, Andreas (Hg.): Am leeren Ort der Macht. Das Staats- und Politikverständnis Claude Leforts, Baden-Baden 2013) Für eine Annäherung an Lefort selbst scheint seine Arbeit zur *Bresche* zweckdien-

lich, zumal mit Hans Scheulens Hinführung sein *Werk* adäquat eröffnet wird. (Lefort, Claude: Die Bresche. Essays zum Mai 68, mit einer Einführung von Hans Scheulen, Wien 2008)

25 Die Prominenz dieses Spiels des *Einen* und *Vielen* bleibt meiner Lesart geschuldet, die ich anderenorts entwickle.

26 Im Sinne des Eröffnens, Lösens und Befreiens.

Mitsprechenden aufnimmt, verstärkt und weitergibt. Auch wenn die Öffentlichkeit in beiden Fällen als Ursprung der politischen Autorität²⁷ zu verstehen ist, divergieren zugleich beide Modelle.²⁸ Zu erwähnen ist noch ein drittes Modell der Öffentlichkeit, das sich von den anderen durch eine Betonung der Funktion und den Wegfall des egalitären Anspruchs unterscheidet.²⁹ Halten wir die Spannungen fest: Die Öffentlichkeit steht zwischen dem sozialen und dem politischen Raum, zwischen der Funktion eines Mediums und eines Akteurs, zwischen einer Offenheit und einer Spezialisierung.

Der soziale Raum steht in einem Horizont einer egalitären Offenheit und ungehemmten Beteiligung, der Entbindung von Vorgaben, Hierarchien und Hegemonien. Im Unterschied zu dieser Bekundung der Pluralität des Partikularen, geht es in der Politik um die Produktion verbindlicher Entscheidungen und die Vertretung, Vereinheitlichung und Transformation politischer Interessen. Dem Aspekt der Übersetzung – und damit der Anbindung an das *Viele* – steht der Vorrang der Ordnung, der gesetzten Institutionen, Verfahren und Normen und ausgezeichneten Positionen, Funktionen und Ebenen gegenüber. Das fixierende Format schränkt die Kreativität und Innovation ein, und zugleich bedarf die Generierung politischer Entscheidungen und Zwänge bestimmter Voraussetzungen, wie Anerkennung, Autorität und Vertrauen, um die Allgemeingültigkeit zu verbürgen, derer politische Entscheidungen bedürfen. Die politische Konfliktaustragung bedarf eines Konsenses³⁰ nicht nur in Hinsicht der prävalenten Ordnung und der geltenden Spielregeln, sondern auch in Hinsicht des Resultats und den Konditionen seiner Bestimmung. Weder lässt sich diese Übereinstimmung auf den sozialen Raum übertragen noch ist dessen Koinzidenz mit dem politischen Raum unproblematisch. Die Identität sozialer Akteure wird in der modernen politischen Theorie weniger als eine inhärente Stiftung denn als Absetzungsbewegung politischer Integrations- und Definitionsversuche gefasst.³¹ Ohne dies hier auszubreiten, bleibt die Einheit des Sozialen und die Stiftung sozialer Identität und Integrität auch in der Perspektive des Public Interest Design relevant.

27 Im Sinne der Urheberchaft, der Authentizität und der Geltung.

28 Im Sinne Leforts muss diese professionalisierte Öffentlichkeit dem Raum der Macht zugeordnet werden, womit die Komplexität ihrer Anlage deutlich wird.

29 Hier führt Habermas eine Form der Arbeitsteilung ein, die aufgrund der Komplexität politischer Situationen und Entscheidungen notwendig werde. In die Öffentlichkeit hält so die Unterscheidung von *Redner und Publikum, Arena und Galerie, Bühne und Zuschauerraum* Einzug und trennt eine profes-

sionelle Instanz ausgewiesener Experten, die den formalen Kriterien des Zustandekommens rationaler Begründungen nachkämen, von einem rezipierenden Laienpublikum. (Vgl. Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1998, S. 440)

30 Hier findet ein simplifizierter Begriff des Konsenses im Sinne der Übereinstimmung Verwendung.

31 Wir beziehen uns hier einseitig auf eine *postfundamentale* Spielart politischer Theorie.

[2] Variante I – Zwischen Korporation, Kollaboration und Kontestation

Um das Verhältnis staatlicher, sozialer und ökonomischer Akteure und die Formen und Potentiale politischer Teilhabe und -nahme zu bestimmen, kann auf die verschiedenen Varianten des Korporatismus zurückgegriffen werden, die von der Politikwissenschaft angeführt werden. Das klassische Format der *Vermittlung* gesellschaftlicher Interessen und politischer Ordnung ist das Modell des bundesrepublikanischen Korporatismus. Dieser lässt sich als eine ebenso umfassende wie langfristige Struktur politischer Steuerung verstehen, in welcher der prävalente Staat mit gesellschaftlichen Großgruppen kooperiert.³² Die Einbindung organisierter Interessen in den politischen Prozess dient ebenso der Zielformulierung wie der Entscheidungsfindung und der Umsetzung politischer Vorhaben. Zwischen dem Staat und bestimmten Verbänden richtet sich ein Konnex ein, in dessen Ordnung sich die Beteiligten zum Austausch von Informationen verpflichten und ihr Handeln koordinieren. Der gegenseitigen Abstimmung liegt zugleich eine konsensuale Einvernahme zugrunde, die geteilte Anerkennung, Vertrauen und Kompromissbereitschaft erfordert. Im Gegenzug ihrer Bereitstellung von Wissen und der innerverbandlichen Bindungskraft erhalten die Verbände Einfluss auf die Formulierung und Gestaltung von Politik.³³

Die neokorporatistischen oder liberal-korporatistischen Modelle sind, anders als der klassische Korporatismus, durch eine Distanz zwischen den Verbänden und dem Staat gekennzeichnet: Die Interessenverbände dienen dem Staat nicht als Instrumente politischer Gestaltung, sondern zeichnen sich durch Kompetenz und Eigenständigkeit aus, die sie in Verhandlung mit dem Staat und den anderen Verbänden beanspruchen. Die Umstellung der korporatistischen Verhältnisse zeichnet sich durch den Verzicht auf die gesamtstaatliche Reichweite und geringere Konsenserwartung aus. Weil es weniger um den Ausgleich zentraler sozialer und politischer Fragen geht, muss die politische Regulation nicht auf eine Einvernahme zwischen den organisierten Interessen setzen. Zugleich geht mit der Verschiebung von triadischen hin zu binären Verhältnissen eine wesentlichen Modifikation einher, wird doch eine Koordination gesellschaftlicher Antagonismen *im* Staat zugunsten einer partiellen Kooperation zum Zwecke konkreter politischer Projekte aufgegeben.³⁴ Das umfassende korporatistische Arrangement von Staat,

32 Vgl. Abromeit, Heidrun: Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz, Opladen 1993; von Alemann, Ulrich/Heinze, Rolf. G. (Hg.): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus, Opladen 1979 und Reutter, Werner: Korporatismustheorien. Kritik, Vergleich, Perspektiven, Frankfurt am Main 1991.

33 Dabei gilt es zu bedenken, dass im Unterschied zum *glatten Raum* der Öffentlichkeit *Kerben* (Gilles Deleuze/Félix Guattari) bestehen: Auch wenn

die organisierten Interessen keiner staatlichen Direktive unterstehen, beeinflusst der Staat mittels seiner institutionellen Vorgaben und der Setzung von Rahmenbedingungen die Organisationsform kollektiver Interessen. Kurzum dient der Korporatismus so verstanden auch als Struktur staatlicher Ordnung und Lenkung.

34 Die unterschiedlichen Modelle werden in der politikwissenschaftlichen Forschung in Formen des Makro-, Mikro- und Mesokorporatismus

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft wird durch binäre Beziehungen ersetzt, wie sie im Lobbyismus oder zivilgesellschaftlichen Akteuren aufscheinen. Zugleich geht der Staat seinem prävalenten Status verlustig: Die reziproken, kooperativen Verhältnisse lassen sich weniger als korporatistische Einverleibung denn als partnerschaftliche Formen der Kollaboration fassen. Zugleich ist die Umstellung der korporativen Beziehung keineswegs umfassend oder vollständig: Neben projekt-orientierten, strategischen Formen bestehen längerfristige Strukturen der Mediation, der Kooperation und Koordination ebenso weiter.³⁵ Ob die Kollaboration eine genuin eigene Struktur darstellt oder eine Umstellung korporativer Einbindung in Form des *governance*, kann hier offen bleiben. Die Differenzierung korporativer und kollaborativer Modelle ermöglicht indes die Offenlegung unterschiedlicher Formate staatlicher Steuerung ebenso wie Formen der Einbindung nicht-staatlicher Akteure und ihrer zugewiesenen Autonomie.

Die Auflösung der korporatistischen Verflechtung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren, die die Bundesrepublik bis in die neunziger Jahre kennzeichnete, wurde von einer Differenzierung und Autonomie gesellschaftlicher Räume begleitet. In den nun *polyzentrischen Verhältnissen* richteten sich *facettenreiche Strukturen* der Kooperation, Kommunikation und Koordination ein, die sich nicht mehr durch eine Prävalenz des Staates auszeichneten und eine Vermittlung der divergenten relevanten Beteiligten organisieren.

Partnerschaften sind zwar noch immer staatliche Formen politischer Regulierung [die *governance of cities and communities*], zugleich wird dem Raum der Zivilgesellschaft aber Autonomie und Autotelie zugestanden. Sie bezeichnen die Mitwirkung verschiedener Ebenen und Formen, ebenso die *manageriale Übernahme* bestimmter politischer Aufgaben wie eine breite, *partizipative Mitbestimmung*.³⁶ Mit der Einbindung sozialer Akteure in politische Steuerungsprozesse treten Fragen der Autorität, Legitimität und Verantwortlichkeit ebenso hervor, wie die Spannung zwischen einer hermetisch-exklusiven und einer öffentlichen Disposition und die Ausrichtung an Maßstäben

unterschieden. (Vgl. Bühl, Walter L: Deutschland im sozioökonomischen Systemvergleich. Diagnose und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1992, S. 37)

- 35 Zugleich ist die analytische Trennung korporativer und kollaborativer Verhältnisse eingetrübt, da diese partnerschaftlichen Verhältnisse des Öfteren nicht nur in eine genetische Kontinuität mit dem Korporatismus gestellt, sondern ebenso als eine strukturelle Analogie verhandelt werden. So wird das zivilgesellschaftliche Engagement wie auch der Lobbyismus teils als Form, teils als Ersatz und teils als Symptom des *Fehlens* korporativer Strukturen verstanden.

- 36 »Partnerships are semi-autonomous organizational vehicles through which governmental, private, voluntary and community sector actors engage in the process of debating, deliberating and delivering public policy at the regional and local level.« (Skelcher, Chris/ Mathur, Navdeep/ Smith, Mike: The public governance of collaborative spaces. Discourse, design and democracy. In: Public Administration 83/3 (2005), S. 573-596, hier: S. 575)

der Effektivität und des Gemeinwohls.³⁷ Zugleich ist der Partnerschaft in all ihren Formen eigen, sich weniger an Prinzipien demokratischer Normativität als an Versuchen pragmatischer Regelung und der kooperativen Vermittlung politischer und sozialer Instanzen zu orientieren. Gerade um die verschiedenen Beziehungen, Implikation und Logiken zu klären und eine dauerhafte Implementation zu ermöglichen, ist eine Gestaltung des grundsätzlichen institutionellen Arrangements nötig, die von einem Public Interest Design aufgegriffen werden kann.

Neben dieser Akzentuierung staatlicher *governance* verschiebt sich ebenso der Handlungsraum von wirtschaftlichen Akteuren. Im Unterschied zum fixen Arrangement des Korporatismus, in dem der konkordanzorientierte Ausgleich der in Verbänden strukturierten (Klassen-)Interessen von einer Prävalenz staatlicher Ordnung begleitet und eingehegt wird, entziehen sich die wirtschaftspolitischen Praxen der Einbindung und stellen sich auf implizite politische Beeinflussung durch Lobbyismus und eine explizite Teilnahme im Raum des Sozialen und Öffentlichen um.³⁸ Ihr soziales Engagement und ihre Kooperation mit der Zivilgesellschaft lässt sich mit den Modellen des *Corporate Citizenship* und der *Corporate Social Responsibility* beschreiben, in denen eine spezifische Norm unternehmerischer Teilhabe formuliert wird.³⁹ Die wirtschaftlichen Akteure versetzen sich in die Rolle von *Unternehmensbürgern*, die sich durch Verantwortung, Engagement und solidarische Beiträge zur Gesellschaft auszeichnen.⁴⁰ Die Frage, ob strategische Interessen oder Philanthropie das Motiv bilden, ob sich beide ausschließen oder konvergieren, müssen wir hier nicht entscheiden.⁴¹ Relevant scheint hinge-

37 Skelcher et al. führen verschiedene Diskurse (*managerialist, consociational and participatory*) an, die sich in ihrem Verhältnis zur Demokratie und in ihrem partizipatorischen Potential unterscheiden. Orientiert an den Diskurstypen entwickeln die Autoren zudem Typen der Partnerschaft. (Vgl. Skelcher 2005. S. 591)

38 Diese Verschiebung von einem Korporatismus hin zum Neopluralismus beschreibt neben anderen Speth, Rudolf: Das Bezugssystem Politik – Lobby – Öffentlichkeit. In: ApuZ 19 (2010), S. 9-15.

39 Braun, Sebastian: Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. In: ApuZ 31 (2008), S. 6 -14, hier: S. 6 f.

40 Vgl. Backhaus-Maul, Holger: Traditionspfad mit Entwicklungspotential. In: ApuZ 31 (2008), S. 14-20. Die Literatur zu beiden Typen unternehmerischen Engagements ist recht umfänglich: Siehe neben anderen zum CSR: Horzetzky, Johanna: Der Diskurs

der deutschen Bundesregierung über Unternehmensverantwortung 1991-2013. Freiheit in Verantwortung?, Bamberg 2016; Moon, Jeremy: Corporate social responsibility. A very short introduction, Oxford 2014 und Bungard, Patrick/Schmidpeter, René (Hg.): CSR in Nordrhein-Westfalen. Nachhaltigkeits-Transformation in der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik, Berlin und Heidelberg 2017. Siehe zum CC: Backhaus-Maul, Holger/Biedermann, Christiane/Nährlich, Stefan/Polterauer, Judith (Hg.): Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden 2010 und Pies, Ingo/Kosłowski, Peter (Hg.): Corporate Citizenship and New Governance. The Political Role of Corporations, Dordrecht 2011.

41 Siehe einführend Heidbrink, Ludwig: Wie moralisch sind Unternehmen? In: ApuZ 31(2008), S. 3-6. Weiterführend: Adam, Thomas: Philanthro-

gen die Unterscheidung der beiden Modelle: Die *Corporate Social Responsibility* (CSR) wendet sich arbeits- und sozialrechtlichen Standards zu, Selbstverpflichtung auf eine bestimmte Ethik und Prinzipien wie der Nachhaltigkeit. Bleibt das CSR demnach dem wirtschaftlichen Handeln verbunden, geht das *Corporate Citizenship* (CC) darüber hinaus, indem es ein freiwilliges Engagement bezeichnet, das losgelöst und unabhängig von wirtschaftlichem Handeln und unter anderem in der Kooperation mit Non-Profit-Organisationen besteht.⁴²

Die Entflechtung des Korporatismus zeitigt auch Folgen im sozialen Raum: Mit der Prominenz und der Anerkennung der Zivilgesellschaft, bilden sich neue politische Potentiale und machen die Einrichtung von koordinierenden und kommunikativen Strukturen nötig.⁴³ Zudem ergeben sich durch den Rückzug des Staates auf verschiedenen Gebieten sozialer Daseinsfürsorge Lücken, die soziale Akteure in Form *freiwilligen Engagements* übernehmen *müssen*. Der Staat selbst ist zwar nicht Auftraggeber, doch regt er durch günstige rechtliche Bedingungen die Beteiligung an.⁴⁴ Neben den *Tafeln* kann auf die zunehmende Rolle des Ehrenamtes in der Bildung, der Pflege und der kommunalen Infrastruktur [von Schwimmbädern und Bibliotheken über den Nahverkehr und Einkaufsmöglichkeiten] verwiesen werden.⁴⁵ Ein anderes Beispiel ist die Übernahme kommunaler Aufgaben durch rechte Netzwerke in strukturschwachen, dörflichen Gemeinden.⁴⁶ Die bereitwillige Mitwirkung, -bestimmung und -gestaltung zeigt einen weiteren Aspekt der Kollaboration, wobei der Begriff des *Engagements* selbst diffus bleibt. Das Schwanken des Engagements zwischen einem Verständnis als Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligendienst, zwischen Aktivbürgerschaft, freiwilliger Solidarität und gemeinsamer Geselligkeit, macht dabei nur Anteile seiner

py, civil society, and the state in German history. 1815-1989, Rochester und New York 2016.

- 42 Das strategisches *grassrootcampaigning* als *agenda-setting* wirtschaftspolitischer Akteure stellt einen Spezialfall dar. (Vgl. Braun 2008, S. 14) Nach Kathrin Voss kann es sich auch bei *grassroot*-Aktionen wie Medienkampagnen und Petitionen um eine Art von indirektem Lobbyismus handeln. (Vgl. Voss, Kathrin: Grassrootscampaigning und Chancen durch neue Medien. In: ApuZ 19 (2010), S. 28-33).
- 43 Vgl. Backhaus-Maul, Holger: Traditionspfad mit Entwicklungspotential. In: ApuZ 31 (2008), S. 14-20.
- 44 Ob die Einbindung zivilgesellschaftlicher Kräfte neuen Datums ist, darf mit Hinweis auf die karitativen und

wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten der Kirche(n) nebst anderen Sozialverbänden bezweifelt werden.

- 45 Vgl. Pinl 2015. Ausführlicher: Dies.: *Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit*, Frankfurt am Main 2013. Siehe auch Haubner, Tine: *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland*, Frankfurt am Main 2017 und zum Phänomen der *Tafeln* Lorenz, Stephan: *Tafeln im flexiblen Überfluss. Ambivalenzen sozialen und ökologischen Engagements*, Bielefeld 2012.
- 46 Vgl. Röpke, Andrea/SPD Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): *Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke*. Mecklenburg-Vorpommern 2015.

Ambiguität deutlich.⁴⁷ Adalbert Evers, Thomas Klie und Paul-Stefan Roß verweisen auf ein plurales Spannungsfeld: So alterniere das Engagement zwischen partizipativer Mitbestimmung (*civic action*) und solidarischer Hilfe (*volunteering*), zwischen pluraler Emanzipation und einer Affirmation des Gemeinwesens, zwischen einer öffentlich-publiken und einer zurückgezogenen, privaten und informellen Arbeitsweise und schließlich zwischen einer inneren Kohäsion und *Selbstbehauptung* im Sinne eines *bonding* und einer eher egalitären Inklusion im Sinne eines *bridging*.⁴⁸ Das Engagement kann ebenso in egoistischen und strategischen wie in gemeinwohlorientierten und altruistischen Motiven gründen, in Belangen der Öffentlichkeit (*res publica*) und der partikularen Interessen der Individuen. Letztlich steht das Engagement unentschieden zwischen dem sozialen und politischen Raum und der Akzentuierung des Konsenses (Gemeinsinn) und des Dissenses (Kritik).⁴⁹

Mit dem Engagement lassen sich somit politische und soziale Aktivitäten bezeichnen, öffentliche und private Initiativen und letztlich Ausdrucksformen von korporativen, kollaborativen und kontestativen (gegenhegemonialen) Praxen.⁵⁰ Diese Zwischenstellung und das offene Verständnis der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit macht die Verwendung des Engagement-Begriffs diffizil.⁵¹ Im Sinne partnerschaftlicher Strukturen, wird die autonome Organisationskraft bürgerschaftlichen Engagements hervorge-

47 Das Engagement ist von vielen Facetten und Transformationen gekennzeichnet. Die Pluralisierung und Fragmentierung der Gesellschaft ist auch hier ein wichtiger Faktor, der ab den 1990er Jahren zu einem zunehmenden (zivil-)gesellschaftlichen Engagement um die Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Daseinsvorsorge führte. (Vgl. Evers, Adalbert/Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan: Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: APuZ 14-15 (2015), S. 3-9, hier: S. 3 f.)

48 Wichtig ist den Autoren dabei zu betonen, dass es zwischen den Polen durch aus Korrelationen gibt und sie sich nicht unbedingt ausschließen. Auch wenn ihnen dabei Recht zu geben ist, dass sich *helfen* und *einmischen* verbinden lassen, bleibt die Distinktion ihrer Modi, Imperative und Konditionen und letztlich ihrer Position im sozialen und politischen Raum, doch ebenfalls relevant.

49 Sutter, Barbara: Der Wille zur Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement und die Transformation des Sozialen, Konstanz und München 2015.

50 Auf ungleiche Verteilung von politischer Beteiligung, zivilgesellschaftlichem Engagements und politischem Interesse gerade in Hinsicht sozialökonomischer Faktoren weist Petra Böhnke hin. (Vgl. Böhnke, Petra: Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ 1-2 (2011), S. 18-25). Siehe auch Klatt, Johanna et al.: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011.

51 Vgl. Blinkert Baldo/Klie, Thomas: Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa, Freiburg/Br. 2015. Siehe daneben Olk, Thomas (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010; Bibisidis, Thomas et al. (Hg.): Zivil - Gesellschaft - Staat. Freiwilligendienste zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Gestaltung, Wiesbaden 2015 und Fraune, Cornelia (Hg.): Grenzen der Zivilgesellschaft. Empirische Befunde und analytische Perspektiven, Münster 2012.

hoben, das sich nicht in, sondern außerhalb und neben staatlichen Foren, Formen und Formaten bildet. Die Politikwissenschaft bemüht sich um eine »*Etablierung von Engagementförderung als Politikfeld*«⁵² und ihre Verortung in der inhaltlichen, prozeduralen und formalen Dimension von Politik. Ein Public Interest Design könnte sich ebenso um den Rahmen der Bestimmung politischer Vorhaben bemühen wie um spezifische Verfahren der Willensbildung und die Organisation politischer Strukturen. So scheint das zivilgesellschaftliche Engagement bislang noch ein *Objekt* von Politik zu sein und weniger das *Subjekt*: Just bei dieser Umstellung braucht es Modelle der Gestaltung, Steuerung und Organisation, die das partizipative Potential bürgerschaftlicher Teilhabe transportieren, vermitteln und anzeigen.⁵³

Die Aktualität und Relevanz gesellschaftlicher Berücksichtigung und Beteiligung in politischen Prozessen resultiert aus dem spezifischen Kontext einer Krise: Im Zuge des als neuartig empfundenen Protests partikularer zivilgesellschaftlicher Akteure gegenüber prestigeträchtigen Großprojekten wie dem Neubau des Stuttgarter Bahnhofs und der Hamburger Elbphilharmonie, setzte eine Diskussion rund um das Verhältnis von demokratischen Praxen und dem institutionellen Arrangement sowie den Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation ein.⁵⁴ Wie, so lautete die Frage, konnte dem öffentlichen Widerstand frühzeitig begegnet und entsprochen werden, ihm gar positive Impulse und Implikationen entnommen werden, ohne die Maßstäbe bürokratischer Planbarkeit und ökonomischer Effizienz und Effektivität zu vernachlässigen? Die Befürworter öffentlicher Beteiligung plädierten dafür, dem Phänomen zivilgesellschaftlicher Resistenz mit einer institutionellen Neuausrichtung und gesteigerter Sensibilität und Responsivität zu begegnen, und die Kritik der Laien nicht mit einer monolithischen und hermetischen Expertise zu konfrontieren, was jede positive Kommunikation unmöglich mache. Die Planung und Organisation der Projekte sollte sich der Kritik breiterer Bevölkerungskreise öffnen, um durch die so ermöglichte *Mitsprache relevanter Akteure*⁵⁵ die Widerstände zu hemmen und institutionell einzufangen. Andere Kriterien waren die Unvoreingenommenheit, die Transparenz und die Öffentlichkeit der Aushandlungsprozesse. Die Schlichtung im Falle von *Stuttgart 21* beruhte eben darauf, dass sich die Kontrahenten auf Augenhöhe begegneten und zugleich durch die Öffentlichkeit der Verhandlung Einsicht ermöglicht wurde.⁵⁶ Eine andere Inklusion politischer Teilhabe stellt

52 Evers et al. 2015. S. 3.

53 Klein, Ansgar: Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: APuZ (2015), S. 10-15.

54 Zu den Kommunikationsdefiziten bei der Planung und Vermittlung von *Stuttgart 21* und den Möglichkeiten und Grenzen der Schlichtung siehe Brettschneider, Frank: Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten. In: APuZ 44-45 (2011), S. 40-47. Vgl. Nagel, Melanie: Po-

larisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um *Stuttgart 21*, Wiesbaden 2016.

55 Aus Sicht der politischen Theorie ist das Kriterium der In- wie Exklusion politischer Beteiligung von großem Interesse. Mögliche Maßstäbe schwanken von Effektivität bis hin zu Fragen der Anerkennung.

56 Vgl. Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest*

die Gebietsreform in Rheinland-Pfalz dar, welche mit einem mehrstufigen Kommunikationsprozess mit der Bevölkerung einherging, der in verschiedenen Formaten und auf verschiedenen Ebenen die Bedürfnisse und Eingaben der Bevölkerung miteinbezog.⁵⁷ Auch wenn diese Planungen nur punktuell bleiben, auf bestimmte Orte ebenso begrenzt wie auf bestimmte Zeiten, verweist das in den Protesten zum Ausdruck gebrachte Bedürfnis auf den Wunsch nach Mitsprache, respektvollen Umgang und (Mit-)Verantwortung. So gilt es auch hier, Formate und Prozedere anzulegen, die diesem Gestaltungswillen Raum geben und seine Impulse aufnehmen.

Im Unterschied zu den anderen Formaten zeichnet sich die Kontestation durch die Einnahme einer kritischen Distanz zu etablierten politischen Strukturen aus. Ihr Protest (ent-)steht außerhalb der politischen Ordnung und nimmt eine Attitüde der Resistenz und Renitenz in Anspruch, die eine Unabhängigkeit von institutionalisierter Konformität und Adaption postuliert. Auch wenn dieser Ursprung der Kontestation markant bleibt, ist doch die Position des Protests ambig und schwankt zwischen einem *gegenhegemonialen* und *ahegemonialen* Status, einer *Opposition* und einer Distanz/Indifferenz. Eröffnen sich in der *Gegenhegemonie* Potentiale der Mitwirkung an und in den politischen Institutionen, zeichnet sich die *Ahegemonie* durch die Dispersion der Politik aus und lässt sich eher im Sinne des Politischen fassen. Schon in Hinsicht der Mitwirkung zeigt sich eine Ambivalenz, mit der Public Interest Design umgehen muss: Die Frage ist, ob das Potential einer kritischen Position gestärkt werden soll, die sich vom Status Quo nicht nur absetzt, sondern auch gegen diesen operiert und opponiert, oder ob Public Interest Design einem Ausgleich und der Vermittlung der verschiedenen Akteure dienen soll, der Einbindung gesellschaftlicher Akteure in Planungsprozesse oder als Unterstützung der *Gegenhegemonie* in Form der Darstellung und Kritik der Wirkung der Macht, ihrer Ordnung und Zwang, ihrer Mechanismen der Konformität, Disziplin und Autorität.

[3] Variante II: Das Recht an der Stadt und das Versprechen der Demokratie

Bislang widmeten wir uns verschiedener Formen institutionalisierter Einbindung, an die Public Interest Design anschließen kann. Es ging um konkrete Fragen politischer Organisation, Willensbildung und Steuerung und der Gestaltung von Koordinations-, Kommunikations-, und Transformationsprozessen. Die zweite Anschlussmöglichkeit situiert in einem genuin anderen Zugang, in dessen Zentrum die *Produktion des sozialen Raums*

und Akzeptanz, Wiesbaden 2013. Siehe auch allgemeiner und in Bezug auf demokratietheoretische und rechtliche Fragen Ibrom, Sandra: Die Rolle der Mediation in demokratischen Entscheidungsprozessen. Optimierung und Demokratisierung von Entscheidungsprozessen durch Mediation, Baden-Baden 2015.

57 Zur Bürgerbeteiligung im Falle der rheinland-pfälzerischen Kommunal-

und Verwaltungsreform siehe Sarci-nelli, Ulrich/König, Mathias/König, Wolfgang: Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform. In: APuZ 7-8 (2011), S. 32-39. Für eine Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Beteiligung siehe Vetter, Angelika: Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie? In: APuZ 7-8 (2011), S. 25-32.

[Henri Lefèbvre], die Momente der *gesellschaftlichen Informsetzung* [Lefort] und die Konstitution und Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit stehen. Dem Public Interest Design kommt hierbei ein anderer Status zu: Es dient keinem prozeduralen Zweck, sondern einer Eröffnung der koexistentiellen und kollektiven *Kontexte* und des Potentials ihrer Aneignung und Gestaltung. Von einem begleitenden Instrument wird Public Interest Design zu einem eingreifenden Akteur mit normativen Intentionen. Ein solches Public Interest Design zielt weniger auf konkrete Institutionen als auf Entdeckung von Räumen partizipativer Entfaltung und kollektiver/kommunaler Gestaltung. Der Eröffnung von Alternativität, Kontingenz und Formbarkeit sozialer und politischer Verhältnisse liegen demokratische Prinzipien und Normen zugrunde, die souveräne Autonomie und egalitäre Partizipation. Indem sie die *Instituierung* kollektiver Kontexte thematisiert, eignet ihr eine eigenständige Perspektive, deren Blickrichtung sich weniger aus der Politikwissenschaft denn mit einer phänomenologisch und postfundamental gewendeten politischen Theorie verstehen lässt. Für Public Interest Design ergeben sich aus dieser Sicht durchaus Potentiale, zugleich stehen diesen aber auch Grenzen gegenüber.⁵⁸

Wie schon der Titel signalisiert, lässt sich dieser Zugang in Anlehnung an eine Arbeit Lefèbvres als die *kollektive Aneignung* einer räumlichen Produktion fassen.⁵⁹ Lefèbvre postulierte mit dem »*Recht auf die Stadt*« ein partizipatives »*Recht auf Nichtausschluss*«, ein »*Recht auf Zentralität*« und ein »*Recht auf Differenz*«. Einerseits wurde der »*Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens*« eingefordert, andererseits die Möglichkeit und den »*Ort des Zusammenkommens und der Auseinandersetzung*«.⁶⁰ Neben der Beteiligung an den materiellen und immateriellen Gütern der Stadt, meint dies ebenso eine politische Teilhabe im Sinne der Erfahrung der eigenen Wirkmächtigkeit, Relevanz und Würde (im Sinne der Anerkennung). Das *Versprechen der Demokratie* – ebenso wie der Stadt – verweist just auf diese politische Vorstellung republikanischer Mitsprache und lässt sich im Sinne einer *ortlosen* Idee, eines emanzipativen Ideals, verstehen.⁶¹ Public Interest Design vermag

58 Ein *postfundamentaler* Zugang verlangt eine Enthaltung: Einerseits meint dies die Zurückhaltung eigener Setzung und Bestimmung, andererseits das *Abwesen* jeden Halts von Finalität, Definition und Perfektion. Zwar vermag diese Sicht, konstitutive Horizonte und Phänomene zu eröffnen, zugleich entsteht eine Schwelle hin zum Konkreten.

59 Vgl. Lefèbvre, Henri: *Le Droit à la ville*, Paris 1968; Ders.: *Das Recht auf Stadt*, Hamburg 2016. Die Stadt lässt sich indes mit Lefèbvre nicht als fixer und exklusiver Ort denken: Ohne seinen Ansatz hier würdigen zu können, muss der Hinweis genügen, dass Lefèbvre die Stadt, besser: das Urbane, in eine komplexe, dialekti-

sche Theorie räumlicher Produktion integriert. (Vgl. Schmid, Christian: Henri Lefèbvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg 2011, S. 25–52.

60 Holm, Andrej: *Das Recht auf die Stadt*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8 (2011), S. 89–97, hier: S. 90. Siehe auch Mullis, Daniel: *Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole*. In: *Emanzipation* 3 2 (2013), S. 57–70.

61 Kurz besteht die Signatur des Public Interest Design in der Designation dieses Versprechens.

sich dieser Dynamik der Emanzipation und Selbstermächtigung, der Eröffnung der Gegenwart und der Re/Präsentation des *Kommenden* anzunehmen und dem politischen Potential Raum zu geben, es an einen Ort und in ein Werk zu setzen.

Ein so ausgerichtetes Public Interest Design muss gegenüber dem ambivalenten Zusammenhang räumlicher Wahrnehmung, Konzeption und Wirklichkeit ebenso sensibel wie offen bleiben.⁶² Räume bezeichnen spezifische Relationen, Kontexte und Konturen, mit denen sowohl Potentiale der Öffnung wie der Schließung, der kreativen Dynamik wie der begrenzenden Ordnung einhergehen. Raum lässt sich als Medium der Setzung und Verortung verstehen, in dem zugleich ein inneres Potential der Entfaltung wie ein äußerer Zusammenhang einer genuinen Konstellation und Konfiguration angelegt sind.⁶³ Anders gefasst, stiften Räume spezifische *Kontexte*⁶⁴, in denen sich ein Zusammenhang von *Koexistenz*, *Konstitution* und *Kopräsenz/s* formiert.⁶⁵ Im Bemühen um die Eröffnung politischen Potentials und der Aneignung der Räume darf Public Interest Design weder die Frakturen und Friktionen politischer und sozialer Zusammenhänge missachten noch in Hypostasen gesellschaftlicher Identität, Integrität und Authentizität verfallen. Die Eröffnung des Geteilten, der Teilung, kann ebenso positive wie negative Potentiale bergen, ebenso die Differenz wie die Verbindung. Wenn wir im Folgenden zwei Entwürfen für ein Public Interest Design im Sinne der *Instituierung* nachgehen, bleibt indes zu fragen, welche Position Public Interest Design selbst einnimmt; ob es als Fundament, Medium oder Akteur fungiert, als Norm, Modus oder Rahmen der Praxis. Kurz steht einem Modell der politischen Eröffnung des Kommünen ein engagiertes Plädoyer für die Relevanz des Dissenses gegenüber. Mit dieser Unterscheidung greifen wir wiederum auf einen Vorschlag Marcharts zurück, der das Politische in zwei Modelle differenziert: Einem *assoziativen* Modell des Politischen, als dessen Beispiel der freie Kommunikationsraum gemeinsamen Handelns im Sinne Hannah Arendts dient, steht ein *dissoziatives* Modell gegenüber, das anhand Carl Schmitts Akzentuierung des Konflikts, der Unterscheidung und der Agonalität anschaulich gemacht wird.⁶⁶

Nadia M. Anderson versteht Public Interest Design als eine genuine *Praxis*, in der sich politische Potentiale eröffnen und sich Formen politischer Mitsprache und Beteili-

62 Auch Tuan stellte in seiner Studie zu der Erfahrung der Räumlichkeit den Konnex von Gestalt und Wahrnehmung und speziell die Wirkungen moderner Architektur heraus. (Vgl. Tuan, Yi-Fu: *Space and Place. The Perspective of Experience*, Minneapolis 2001, S. 116) Zugleich gibt er Planern und Architekten Fragen mit auf dem Weg, die deren Verständnis des Umgangs und der Erfahrung des Räumlichen anleiten solle. (Vgl. Tuan 2001. S. 202).

63 Die Konstellation hebt dabei auf den Zusammenhang des Ganzen ab, die Konfiguration auf die der Teile.

64 In unserem Verständnis meinen Kontexte nicht einfach äußere Zusammenhänge, sondern die Texturen und Konturen des *Ko*, mithin die Verfasstheit, die Verfassung (im Sinne des Status wie der Aktivität) des Gemeinen, des Gemeinwesens und der Gemeinschaft.

65 Wir verbleiben hier bei Andeutungen raumtheoretischer Provenienz.

66 Vgl. Marchart 2010. S. 35, hier: S. 42.

gung ausbilden. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die emanzipative Aneignung politischen Potentials, der Beteiligung und Mitwirkung an Prozessen kollektiver Mitbestimmung.⁶⁷ Dieser Typ eines Public Interest Design begreift sich dezidiert als normatives Initial, das sich um die egalitäre Inklusion der Ausgeschlossenen und Randständigen und die aktive Mitsprache und -bestimmung der *Inexistenten* (Alain Badiou) und *Anteilslosen* (Jacques Ranciere) mittels einer *architecture of change* bemüht:

By incorporating values of inclusivity, social justice, and equity, public interest design inserts a critical lens into contemporary architectural thinking, practice, and pedagogy. Its emphasis on inclusive process and action over product creates a praxis that draws on transdisciplinary knowledge to create change.⁶⁸

Anderson versteht Public Interest Design als praktischen und eingreifenden Akteur, dem es um die Beseitigung konkreter sozial-politischer Mängel (*significant social and environmental issues*) bestellt ist. So verstanden, distanziert sich Public Interest Design von einer begleitenden Rolle und begreift sich als politischen Ausdruck und Form, welche dem Aktivismus (*activism*), der Veränderung (*change*) und der Mitsprache (*participation*) eine signifikante Bedeutung zuschreibt. Um den Anspruch der Beteiligung zu realisieren, müssen Strukturen und Orte (*vehicles for agency*) konzipiert und bereitgestellt werden, die in Kooperation mit kommunalen Partnern *neue Räume der Veränderung* und partizipative Möglichkeiten der Mitsprache und -entscheidung abseits repräsentativer politischer Verfahren und Institutionen eröffnen.

Der theoretische Rahmen hebt einerseits auf die *Produktion des Raums* und die Konstituierung gesellschaftlicher Zusammenhänge (Ordnung, Sinn, Identität) ab, deren Gemachtheit offenbart und zugleich der Veränderbarkeit zugänglich gemacht werden soll. Andererseits steht die konkrete und gewöhnliche Lebenswirklichkeit (*everyday*) im Blickpunkt: Mit diesen (ebenso informellen wie konstitutiven) Kontexten von Ordnung, Orientierung und Verortung geht die Einrichtung spezifischer Räume und Handlungsmöglichkeiten einher, die wiederum entdeckt werden sollen.⁶⁹ Die Beziehung zwischen

67 Um dieses Ziel der partizipativen Mitnahme und kommunalen Öffnung zu erreichen, dürfte sich Public Interest Design nicht als professionelle, exklusive und hermetische Dienstleistung (*project and client types*) gerieren, sondern müsste als gleichberechtigtes, reziprokes Angebot kooperativen Austauschs auftreten. Eine weitere normative Dimension besteht im Anspruch egalitärer Anerkennung und Empathie gegenüber dem Anderen, infolge derer sich eine Veränderung respektive Erweiterung

sozialer Relationen, der Kommunikation und des Wissens ergebe. (Vgl. Anderson, Nadia M.: Public Interest Design as Praxis. In: Journal of Architectural Education 68.1 (2014), S. 16-27, hier: S. 19)

68 Anderson 2014. S. 16.

69 Dieser Anspruch überträgt sich auf die Praxis des Designs: Um dem Fokus auf die Lebenswirklichkeit gerecht zu werden, müsse diese im konkreten Kontakt erfahren werden. Nur in dieser Einlassung könnten die unprofessionellen Akteure eingebunden

der räumlichen Materialität und seiner Konzeption, seiner Gestalt, seiner Gestaltung und seiner Gestalter, bildet die dritte Komponente des theoretischen Rahmens. Neben diesen Aspekten der Aneignung der Räume und der Teilhabe an der räumlichen Produktion soll ein Public Interest Design Praxen der Partizipation ermöglichen, mithin Prozesse und Arrangements der Willensbildung, Entscheidungsfindung und Interaktion. Dabei kann Anderson die Teilnehmer nur als Partner verstehen, nicht als Gegner, und den Raum nur als Kommune, nicht als Arena: Andersons politisches Modell fällt mit der Öffnung gemeinsamer Räume zusammen, ohne dass Antagonismen oder Dissense eine Rolle spielten. Auch wenn die Erfahrung politischer Beteiligung, Vermögens und Wirkmacht zunächst auch ohne diesen Horizont glücken kann und sicherlich ein Fundament politischer Aktivität zu bilden vermag, bleibt die Abwesenheit des Konflikts ein blinder Fleck ihres politischen Konzepts.⁷⁰ Als dritte Praxis verweist Anderson auf die *material agency*, die sich nicht nur im Sinne des Stoffs versteht, sondern als *wissens-basierte Strukturen*, die den Partizipanten die Erschaffung ihrer *material reality* erlaube.⁷¹ Dieser Praxis liegt wiederum die Aneignung und Selbstermächtigung zugrunde, um deren Eröffnung und Manifestation sich der Architekt/Designer mittels einer räumlichen Rekonfiguration und Präsentation der Kontingenz bemühen müsse.

Die Abwesenheit von Dissens, Konflikten und Streit im Konzept Andersons' gibt der Kritik Carl DiSalvos einen passenden Anknüpfungspunkt. Dieser stellt den *agonalen Pluralismus* Chantal Mouffes in den Fokus seiner Perspektive. Der Anlass für seinen Einspruch ist der limitierte politische Horizont des »*designs for democracy*«, als dessen Grund DiSalvo die Prävalenz eines bestimmten, konsensorientierten Modells der Demokratie ausmacht.⁷² Entgegen dieser *prominenten Evidenz* postuliert DiSalvo die Offenheit der demokratischen Form:

At one end of the spectrum, the governing principle is consensus and the associated concerns are those of access to information and procedures. At the other end, the governing principle is contestation and the associated concerns are those of revealing and challenging hegemony.⁷³

Der Unterschiedlichkeit demokratischer Modelle müsse auch die Divergenz ihrer Gestalt und Praxen sowie ihrer Gestaltung folgen, diese Heterogenität werde aber in der Dominanz des konsensualen Demokratiemodells verschüttet. Im Zentrum der agonalen

ihr Engagement und Wissen genutzt werden. Die Veränderung dürfe sich nicht aus einem vorgefassten, abstrakten Konzept herleiten, sondern aus der konkreten Lebenswirklichkeit eines *lived space*. Anderson verlangt Kompetenz in Fragen *observation, communication and coordination*, die es dem Designer erst gestatten, *praktisch* zu werden (Ebd. S. 20).

70 Vgl. Ebd. S. 22.

71 Vgl. Ebd. S. 25.

72 Vgl. DiSalvo, Carl: Design, Democracy, and Agonistic Pluralism. In: Durling, David et. al. (Hg.): DRS 10. Proceedings of the 2010 Design Research Society Conference, o. O. 2010, S. 366-371, hier S. 366.), <http://www.drs2010.umontreal.ca/data/PDF/031.pdf> (06.07.2018).

73 Ebd.

Demokratie steht der Konflikt und die Auseinandersetzung um *competing ideals, values and beliefs*, die einerseits umfassend ist und auf alle Formen sozialer Interaktion und Expression ausgreift, andererseits aber gerade durch eine Einhegung (die Transformation von Feind- und Gegnerschaft) produktiv gemacht werden soll.⁷⁴ Im Gegensatz zur deliberativen Betonung von Konsens und Reziprozität geht es im agonalen Pluralismus um die Anerkennung von Dissens: »The pursuit of a pluralistic democratic society is characterized by conflict because it is conflict, expressed as tension, friction and dissension, that defends against the erasure of difference.«⁷⁵ Demokratie bedürfe Räume des Wettstreits, der Differenz, Differenzen und Differenzierung, gerade auch als *Grund* gegenhegemonialer Praxen.⁷⁶

Um das Potential des Designs für die Entwicklung des agonalen Pluralismus zu klären, greift DiSalvo ebenso auf die Unterscheidung der Politik und des Politischen zurück: Ziele die Politik auf die Mechanismen konkreter Herrschaft und Ordnung, verweise das Politische auf eine genuine *Kondition der Gesellschaft*, die sich in Form dauerhafter Opposition und Widerständigkeit ausdrücke.⁷⁷ Die Politik zeichne den Status Quo aus, der strategisch die Potentiale von Konfrontation und Innovation marginalisiere, um seine Position zu behaupten. Die Betonung der Gestaltung gelingender *governance* (*design for politics*) gefährde letztlich die Praxis der Demokratie, negierte sie doch die fundamentale Relevanz des Konflikts und das Potential gegenhegemonialen Engagements (*political design*). Der kritische Impuls des Politischen fordere die Ordnung heraus, hinterfrage das Gewisse und bezweifle Autorität: Design müsse sich als gegenhegemoniale Praxis verstehen, die Setzungen und Beziehungen der Macht offenbaren und deren Einfluss entzogene Räume des Diskurses und der Praxis öffnen.⁷⁸ DiSalvo positioniert das Design dabei zugleich *über* und *in* der Gesellschaft: Einerseits soll das Design gesellschaftliche Zusammenhänge aufklären und über die Konstitution gesellschaftlicher Wirklichkeit informieren. Andererseits ist das Design eine Praxis der Gegenhegemonie, die in ihrer Gestaltungsabsicht selbst zu einem konkreten Akteur wird. Damit wird auch der Ort des Dissenses ambig: Sollen dem Konflikt Möglichkeiten der Entfaltung und Gestaltung eröffnet werden oder wird das Design selbst zum Nukleus des Widerspruchs? Letztlich: Genügt sich der Widerspruch in seiner Opposition oder will er auch positiv gestalten?⁷⁹

74 Vgl. Ebd. S. 367.

75 Ebd.

76 Anders als deliberative Modelle setze der Agonismus zudem nicht die Einheit der Öffentlichkeit voraus; Die politische Praxis der Resistenz situiere und formiere sich in pluralen und fragmentierten Diskursen von Teilöffentlichkeiten und in sozialen Bewegungen.

77 Vgl. Ebd. S. 367 f.

78 Ebd. S. 369.

79 Damit stellen sich Fragen der Aufhebung des Konflikts und der Übersetzbarkeit gegenhegemonialer Emanzipation in politische Gestaltung.

Fazit

Nachdem wir uns um ein Tableau der mannigfaltigen politischen Dimensionen des Public Interest Design bemüht haben, nähme sich der Versuch, eine Variante als wahre, richtige oder wesentliche auszuzeichnen, als ebenso ungenügend wie fahrlässig aus. Im Gegenteil entdeckten wir verschiedene Spielarten des Public Interest Design, die wiederum mit verschiedenen politischen Formen korrelierten: Ein Public Interest Design vermag ebenso Prozesse der *governance* zu begleiten wie als gegenhegemoniales Initial zu dienen, als Komponente politischer Steuerung und Willensbildung wie als Eröffnung kommunalen und partizipativen Potentials. Auch wenn sich die verschiedenen Positionen, Methoden und Konditionen der beiden Horizonte nie vollständig deckten und (in und zwischen sich) Reibungsflächen [Dissonanz] offenbarten, wiesen sie doch zugleich Übereinstimmungen [Konsonanz] und gegenseitige kooperative und instruktive Bezüge [Resonanz] auf. Gerade weil sich die Aspekte der Gestalt, der Gestaltung und der Gestalter einer unbedingten Definition entziehen, verpflichtet dies Projekte mit politischen Ambitionen darauf, ihre Rolle, Position und Funktion zu klären. Die Ein- wie Ausrichtung ihrer Korrelation, Kooperation und Koordination bleibt letztlich offen und der jeweiligen Konzeption überantwortet. An verschiedenen Punkten unserer Ausführung konnten wir Hinweise auf die im- und expliziten Potentiale einer Einbeziehung des Public Interest Design in die Gestaltung politischer Praxen geben.

Im Lichte demokratietheoretischen Denkens ergibt sich ein breites Spektrum an Anschlussmöglichkeiten, das hier nur cursorisch eröffnet werden soll. Verschiedene Typen der Demokratie widmen sich der Einheit und der Vielheit, dem Konsens und dem Konflikt, dem Primat der Partizipation und dem der effektiven Steuerung, der Stabilität einer Hegemonie und dem Widerstand der Gegenhegemonie. Die deliberativen Konzepte einer *diskursiven Öffentlichkeit*, wie es Rawls und Habermas vorstellen, können einem Public Interest Design ebenso eine Orientierung eröffnen wie der *Neopluralismus* Fraenkels, die *Polyarchie* Robert A. Dahls und die *agonale* Demokratie Mouffes. Andere Vorschläge reichen von ökonomischen [Anthony Downs] und systemtheoretischen Verständnissen [David Easton, Edwin Czerwick] über die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Beteiligung [Roland Roth] bis hin zur gegenstaatlichen Positionierung der *wilden Demokratie* [Miguel Abensour]. Letztlich kann Demokratie ebenso die positive Autonomie politischer Kollektive und Gemeinschaften [Benjamin Barber] akzentuieren wie die Relevanz des Dissenses [Jacques Ranciere] und der Pluralität [William E. Connolly]. Die unterschiedlichen Möglichkeiten, die sich dem Public Interest Design in den verschiedenen Spielarten der Demokratie eröffnen, stehen immer genuinen Konditionen gegenüber, die es ebenso zu beachten gilt. Letztlich ist das *Versprechen der Demokratie* beständig zu erneuern und Public Interest Design eine Stimme ihrer polyphonen Komposition.

Literatur

- Abromeit, Heidrun
Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz, Opladen 1993.
- Adam, Thomas
Philanthropy, civil society, and the state in German history. 1815-1989, Rochester und New York 2016.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf. G. (Hg.)
Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus, Opladen 1979.
- Anderson, Nadia M.
Public Interest Design as Praxis. In: *Journal of Architectural Education* 68:1 [2014], S. 16-27.
- Backhaus-Maul, Holger/Biedermann, Christiane/Nährlich, Stefan/Polterauer, Judith (Hg.)
Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden 2010.
- Backhaus-Maul, Holger
Traditionspfad mit Entwicklungspotential. In: *ApuZ* 31 [2008], S. 14-20.
- Bibisidis, Thomas et al. (Hg.)
Zivil – Gesellschaft – Staat. Freiwilligendienste zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Gestaltung, Wiesbaden 2015.
- Blinkert, Baldo/Klie, Thomas
Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa, Freiburg/Br. 2015.
- Böhnke, Petra
Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *ApuZ* 1-2 [2011], S. 18-25.
- Braun, Sebastian
Gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen in Deutschland. In: *ApuZ* 31 [2008], S. 6-14.
- Brettschneider, Frank
Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten. In: *ApuZ* 44-45 [2011], S. 40-47.
- Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.)
Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden 2013.
- Bröckling, Ulrich/Feustel Robert (Hg.)
Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen, Bielefeld 2012.
- Bühl, Walter L
Deutschland im sozioökonomischen Systemvergleich. Diagnose und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1992.
- Bungard, Patrick/Schmidpeter, René (Hg.)
CSR in Nordrhein-Westfalen. Nachhaltigkeits-Transformation in der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik, Berlin und Heidelberg 2017.
- DiSalvo, Carl,
Design, Democracy, and Agonistic Pluralism. In: Durling, David et. al. (Hg.): *DRS 10. Proceedings of the 2010 Design Research Society Conference*, o. O. 2010, <http://www.drs2010.umontreal.ca/data/PDF/031.pdf> [06.07.2018].

Evers, Adalbert/Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan

Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: APuZ 14-15 [2015], S. 3-9.

Fraune, Cornelia (Hg.)

Grenzen der Zivilgesellschaft. Empirische Befunde und analytische Perspektiven, Münster 2012.

Habermas, Jürgen

Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main 1998.

Haubner, Tine

Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. Laienpflege in Deutschland, Frankfurt am Main 2017.

Heidbrink, Ludger

Wie moralisch sind Unternehmen? In: APuZ 31 [2008], S. 3-6.

Holm, Andrej

Das Recht auf die Stadt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8 [2011], S. 89-97.

Horzetzky, Johanna

Der Diskurs der deutschen Bundesregierung über Unternehmensverantwortung 1991-2013. Freiheit in Verantwortung?, Bamberg 2016.

Ibrom, Sandra

Die Rolle der Mediation in demokratischen Entscheidungsprozessen. Optimierung und Demokratisierung von Entscheidungsprozessen durch Mediation, Baden-Baden 2015.

Klatt, Johanna et al.

Entbehrliche der Bürgergesellschaft?

Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld 2011.

Klein, Ansgar

Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik. In: APuZ [2015], S. 10-15.

Lefèbvre, Henri

Le Droit à la ville, Paris 1968.

Lefèbvre, Henri

Das Recht auf Stadt, Hamburg 2016.

Lefort, Claude

Die Bresche. Essays zum Mai 68, mit einer Einführung von Hans Scheulen, Wien 2008.

Leif, Thomas

Von der Symbiose zur Systemkrise, in: APuZ 19 [2010], S. 3-9.

Marchart, Oliver

Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin 2010.

Marchart, Oliver

Politische Theorie als Erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt. In: Bedorf, Thomas/Röttgers, Kurt (Hg.): Das Politische und die Politik, Berlin 2010, S. 143-158.

Moon, Jeremy

Corporate social responsibility. A very short introduction, Oxford 2014.

Mullis, Daniel

Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole. In: Emanzipation 3 Nr. 2 [2013], S. 57-70, http://www.emanzipation.org/articles/em_3-2/e_3-2_mullis.pdf [06.07.2018].

Nagel, Melanie

Polarisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um Stuttgart 21, Wiesbaden 2016.

Olk, Thomas (Hg.)

Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010.

Pies, Ingo/ Koslowski, Peter (Hg.)

Corporate Citizenship and New Governance. The Political Role of Corporations, Dordrecht 2011.

Pinl, Claudia

Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik. In ApuZ 14-15 (2015), S. 49-54.

Pinl, Claudia

Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit, Frankfurt am Main 2013.

Plot, Martin (Hg.)

Claude Lefort. Thinker of the Political, New York 2013.

Rawls, John

Politischer Liberalismus, Frankfurt am Main 2003.

Reutter, Werner

Korporatismustheorien. Kritik, Vergleich, Perspektiven, Frankfurt am Main 1991.

Röpke, Andrea/SPD-Landtagsfraktion

Mecklenburg-Vorpommern (Hg.)
Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit. Strategien und neue Netzwerke. Mecklenburg-Vorpommern 2015, <http://www.spd-fraktion-mv.de/buchbestellung> [06.07.2018].

Rosanvallon, Pierre

Pour une histoire conceptuelle du politique. Leçon inaugurale au Collège de France faite le jeudi 28 mars 2002, Paris 2003.

Sarcinelli, Ulrich, König, Mathias, König, Wolfgang

Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform. In: APuZ 7-8 (2011), S. 32-39.

Sauer, Birgit

Die Allgegenwart der Androkratie. Feministische Anmerkungen zur Postdemokratie. In: ApuZ, 1-2 (2011), S. 32-36.

Schmid, Christian

Henri Lefèbvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg 2011, S. 25-52.

Schmidt, Christian

Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefèbvre und die Theorie der Produktion des sozialen Raums, Stuttgart 2010.

Skelcher, Chris/Mathur, Navdeep/Smith, Mike

The public governance of collaborative spaces. Discourse, design and democracy. In: Public Administration 83/3 (2005), S. 573-596.

Speth, Rudolf

Das Bezugssystem Politik – Lobby – Öffentlichkeit. In: ApuZ 19 (2010), S. 9-15.

Sutter, Barbara

Der Wille zur Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement und die Transformation des Sozialen, Konstanz und München 2015.

Tuan, Yi-Fu

Space and Place. The Perspective of Experience, Minneapolis 2001.

Vetter, Angelika

Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie?. In: APuZ 7-8 (2011), 25-32.

Voss, Kathrin

Grassrootscampaigning und Chancen durch neue Medien. In: ApuZ 19 (2010), S. 28-33.

Wagner, Andreas (Hg.)

Am leeren Ort der Macht. Das Staats- und Politikverständnis Claude Leforts, Baden-Baden 2013.

